

Berlin und der Bund reden wieder über Geld

Kanzleramtschef de Maizière soll vermitteln

VON JAN THOMSEN

In die Verhandlungen über weitere Finanzhilfen des Bundes für Berlin scheint Bewegung zu kommen. Angela Merkels Kanzleramtschef Thomas de Maizière hat die Aufgabe übernommen, das komplizierte Geflecht von Vereinbarungen und Ansprüchen zwischen der Bundesregierung und der deutschen Hauptstadt zu sortieren und die Gespräche darüber zu koordinieren. Berlin sei nun aufgefordert, heißt es aus dem Büro de Maizières, eine „Prioritätenliste“ vorzulegen, aus der klar hervorgehe, welches die wichtigsten Wünsche der Hauptstadt sind. Zugleich hole der Kanzleramtschef die Vorstellungen sämtlicher betroffenen Kabinettsmitglieder ein, etwa zu den Themen Sicherheit, Bauen und Kultur.

Dies könnte der entscheidende Vorstoß werden, um die seit dem Berlin-Urteil des Bundesverfassungsgerichts gestörten Kontakte zwischen Berlin und Bund auf eine neue Grundlage zu stellen. Die Karlsruher Richter hatten Ende 2006 jeglichen Anspruch Berlins auf Entschuldungshilfen durch den Bund verneint. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zog daraufhin bereits versprochene Finanzierungsbeiträge etwa für die marode Staatsoper, die Kanzler-U-Bahn oder auch für das Humboldt-Forum auf dem Schlossplatz zurück. Die Fronten prallten aufeinander: Im Gegenzug sprach etwa Merkels Kulturbeauftragter, Staatsminister Bernd Neumann (CDU), von einem „denkbar schlechten Stil“ des Regierenden Bürgermeisters. Die Bundesregierung ließ mitteilen, dass Berlin zumindest im Kulturbereich keinerlei zusätzliche Hilfen zu erwarten habe. Der Bund werde seinen Ver-

pflichtungen der Hauptstadt gegenüber „voll gerecht“, hieß es damals eindeutig.

Hinter den Kulissen liefen die Gespräche allerdings durchaus weiter. Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz etwa bemühte sich um eine Lösung für die Staatsoper Unter den Linden. Allein die Sanierungskosten werden auf rund 130 Millionen Euro geschätzt, der Bund

hatte bereits 50 Millionen Euro zugesagt, Berlin aber seinen Anteil in gleicher Höhe für nicht finanzierbar erklärt. Schmitz zeigte sich vor kurzem dennoch zuversichtlich, noch in diesem Jahr sowohl die Sanierung als auch die Frage der unterfinanzierten Opernstiftung mit dem Bund zu regeln.

Auch bei der Frage der Sicherheit hatte der Bund zumindest intern schon Gesprächsbereitschaft signalisiert. Berlin hält seine Sicherheitskräfte, die in der Hauptstadt unzählige Staatsgäste und Demonstrationen zu schützen haben, mit den derzeit vom Bund gezahlten knapp 40 Millionen Euro für unterfinanziert; der Senat fordert mehr als 100 Millionen Euro, ohne dass es bisher zu einer Einigung kam.

Pikanterweise könnte gerade die jüngste, offiziell bekannt gemachte Abmachung zwischen Wowereit und Bundesbauminister Wolfgang Tiefensee (SPD) über Berlins Beteiligung am Humboldt-Forum, also dem Schlossprojekt in der historischen Mitte, für das Eingreifen de Maizières im Auftrag einiger Bundesminister der Union gesorgt haben. Denn die nach dem bisherigen Stillstand überraschende Vereinbarung – Berlin gibt seine Grundstücke und zahlt 32 Millionen Euro – hatte Tiefensee im Bundeskabinett nicht abgesprochen. Um derlei künftig zu verhindern, wurde der Kanzleramtschef nun als Bund-Berlin-Vermittler eingesetzt.



BLZ/WÄCHTER (2)

Klaus Wowereit braucht Geld.



Thomas de Maizière hat Geld.